



24. November 2021

Postulat

von glp Fraktion

Der Stadtrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstatten, wie Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei auch im Frontdienst ermöglicht werden soll. Dies mit dem Ziel die Work-Life-Balance zu gewährleisten.

Begründung:

Im Bericht zur Stellenerhöhung der Stapo vom 16.07.2021 führt die Führung der Stapo aus, dass die Work-Life-Balance des Personals gefährdet sei. Gelöst werden soll dies mit mehr Stellen. Wer in andere Bereiche mit Schichtarbeit und psychisch belastenden Berufen, z.B. Gesundheit, schaut der sieht, dass in all diesen Bereich Teilzeitarbeit üblich ist und dem Anliegen sehr hilft. Wir sind auch überzeugt, dass Teilzeitarbeit, auch wenn es nur schon 80% sind, deutlich mehr bringt als einfach mehr Stellen.

Antrag auf gemeinsame Behandlung mit 2021/368 Budgetvorlage 2022

M. Navak

24. November 2021

Postulat

Fraktion AL

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie dem Gemeinderat der Bericht zur Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei vorgelegt werden kann. Der Bericht soll den «Antrag betreffend Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei Zürich bis ins Jahr 2030» vom 16. Juli 2021 enthalten. Es wird gewünscht, dass dieser Bericht dem Gemeinderat so rasch als möglich unterbreitet wird, damit die Stadtpolizei so rasch als möglich Planungssicherheit erhält.

Begründung

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat mit dem Budget eine erste Tranche eines 10-Jahres-Plans zur Erhöhung des Korpsbestandes unterbreitet. Der Plan sieht vor, den Korps-Bestand bis 2030 um 152 Stellen (8 Prozent) zu erhöhen. Im Rahmen der Budgetdebatte konnte sich der Gemeinderat kein Bild über die Planung machen. Um der Stadtpolizei Planungssicherheit zu geben macht es deshalb Sinn, dass der Stadtrat den Bericht des Kommandanten zur Diskussion unterbreitet.

Behandlung mit Weisung 2021/368, 2520 Stadtpolizei, Konto 3010



24. November 2021

Postulat

Fraktion AL

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mit dem Ausbau der Schulassistent*innen auf den vom Volksschulamt angegebenen Richtwert (eine Vollzeitstelle pro 6 Klassen) der Übergang zur starken integrativen Tagesschule unterstützt werden kann. Im Budget und Finanzplan sollen die Personalressourcen so eingestellt werden, dass der Ausbau im Schuljahr 2026/27 abgeschlossen ist. Ergänzend soll geprüft werden, wie Fachpersonen Betreuung die Möglichkeit gegeben werden kann, zum FaBe-Lohn im Unterricht eingesetzt zu werden.

Begründung

Mit Postulat 2020/528 hat der Gemeinderat am 11. Dezember 2020 dem Stadtrat den Auftrag erteilt, ein Konzept für den Einsatz von Schulassistenten im Sinne einer institutionalisierten Mitarbeit im Schulumfeld zu erarbeiten. Mit dem Konzept solle auch der Mittel- und Stellenbedarf ermittelt werden. Die Schulpflege hat 13. April 2021 ein Pilotprojekt verabschiedet (Beschluss Nr. 32, Einführung Schulassistenten Pilotphase).

Da die Erfahrungen gut sind ist, aus dem Kreis der Schulpräsident*innen der Wunsch geäußert worden, den Stellenplan der in den Schulen in Unterricht und Betreuung flexibel einsetzbaren Schulassistenten auf den vom Volksschulamt vorgesehenen Richtwert zu erhöhen. Zurzeit wären das rund 310 Stellen – rund 200 mehr als die heute im Stellenplan des Schulamts eine Lohnklasse tiefer eingestufteten Klassenassistenten.

Der Übergang zur starken integrativen Tagesschule ist für die Schulen eine grosse Herausforderung. Die Stadt Zürich hat ein grosses Interesse, dass diese Schulreform ein Mehrwert für alle wird. Mit dem Ausbau der Schulassistenten und dem Einsatz von pädagogisch ausgebildetem Betreuungspersonal in der Schule kann die Entwicklung des Lebensraums Schule unterstützt werden. Diese Chance sollte die Stadt Zürich nutzen.

Behandlung mit Weisung 2021/368, 5010 Schulamt, Konto 3010



1. Dezember 2021

Postulat

der SVP-Fraktion

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die Gebühren für das Gewerbe dauerhaft um 15 Prozent senken kann. Die Gebührenreduktion soll insbesondere folgende Bereiche und Branchen umfassen: Boulevardcafés, Taxibewilligungen, Marktbewilligungen, Flohmarkt, Lebensmittelmarkt, Kranzmarkt, Christbaumverkauf, Verkaufsstand am See, Verkaufsstand im Umherziehen, Marronihäuser, öffentlicher Grund zu Sonderzwecken, Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse, gemeinnütziger Strassenverkauf, Verkauf von Zeitschriften, Wartezonen, Weihnachtsdekoration, Pflanzenbehälter, Gastwirtschaftspatente, Nachtcafés und Veranstaltungen.

Begründung:

Im Jahr 2021 wurden die Gebühren für das Gewerbe vorübergehend gesenkt. Das Gewerbe leidet jedoch nicht nur in der Phase einer Corona-Pandemie und deren wirtschaftlichen Verwerfungen unter der Last von Gebühren und Abgaben. Eine gewerbefreundliche Gebührenordnung soll darum nicht an das Vorhandensein einer Pandemie gebunden sein. Mit einer generellen Senkung der Gebühren erführe das Gewerbe eine dauerhafte, nachhaltige Entlastung. Die dauerhafte Gebührenreduktion stellt einen Schritt zu einer gewerbefreundlichen Stadt Zürich dar.

Begleitpostulat zum Budget 2022 (Weisung 2021/368)

